

Informationen gemäß Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

1. Verarbeitungstätigkeit

Nahezu alle Bürgerinnen und Bürger, sowie Unternehmen, treten mit dem Steueramt der Verbandsgemeindeverwaltung Kirchberg in Kontakt, weil sie Steuererklärungen abgeben, Steuern und Gebühren zahlen müssen und Erstattungen beanspruchen können.

Von personenbezogenen Daten spricht man dann, wenn sie einer natürlichen Person, einer Körperschaft (z. B. Verein, Kapitalgesellschaft), einer Personenvereinigung oder einer Vermögensmasse zugeordnet werden können. Wenn die Steuerverwaltung personenbezogene Daten verarbeitet, bedeutet das, dass sie diese Daten z. B. erheben, speichern, übermitteln, verwenden, zum Abruf bereitstellen oder löschen.

Wir informieren Sie nachfolgend, welche personenbezogenen Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

2. Verantwortlicher

Verbandsgemeindeverwaltung Kirchberg
Marktplatz 5
55481 Kirchberg (Hunsrück)
E-Mail: rathaus@kirchberg-hunrueck.de
Telefon: 0 67 63 - 910 0

3. Datenschutzbeauftragter

Verbandsgemeindeverwaltung Kirchberg
Datenschutzbeauftragter
Marktplatz 5
55481 Kirchberg
E-Mail: datenschutz@kirchberg-hunsrueck.de
Telefon: 0 67 63 - 910 161

4. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Um unsere Aufgaben zu erfüllen, die Steuern, Gebühren und Beiträge nach den gesetzlichen Vorschriften gleichmäßig festzusetzen und zu erheben, benötigen wir personenbezogenen Daten. Ihre personenbezogenen Daten werden in dem Verfahren verarbeitet, für das sie erhoben wurden.

Nur in den gesetzlich ausdrücklich zugelassenen Fällen, dürfen wir die zur Durchführung eines steuerlichen Verfahrens erhobenen personenbezogenen Daten auch für andere steuerliche oder nichtsteuerliche Zwecke verarbeiten.

Die Steuerverwaltung verwaltet folgende Abgaben:

- Gewerbesteuer
- Grundsteuer A + B
- Hundesteuer
- Vergnügungssteuer
- Landwirtschaftskammerbeitrag
- ev. Kirchensteuer

Rechtsgrundlagen: Abgabenordnung, Gemeindeordnung, Kommunalabgabengesetz, spezialgesetzliche Regelungen und Satzungen

5. Empfänger

Alle personenbezogenen Daten, die uns in einem steuerlichen Verfahren bekannt geworden sind, dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen (z. B. an Finanzgerichte, Krankenkassen, Rentenversicherungsträger oder andere Behörden) weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

Beispiele:

- Mitteilungen an statistische Behörden, soweit dies erforderlich ist (Zensus)
- Mitteilung im Rahmen der Grundsteuer- und Gewerbesteuer an für die Festsetzung der Grund- bzw. Gewerbesteuermessbeträge zuständigen Finanzämter

6. Übermittlung an Drittland

Es findet keine Datenübermittlung in ein Drittland oder an eine internationale Organisation statt.

7. Dauer der Speicherung

Personenbezogene Daten müssen wir solange speichern, wie sie für das Verfahren erforderlich sind. Maßstab hierfür sind die steuerlichen Verjährungsfristen (§§ 169 bis 171 der Abgabenordnung sowie §§ 228 bis 232 der Abgabenordnung).

Wir dürfen die betreffenden personenbezogenen Daten auch speichern, um diese für künftige steuerliche Verfahren zu verarbeiten (§ 88a der Abgabenordnung).

8. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Artikel 16 DSGVO)

- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Artikel 17 DSGVO zutrifft. Artikel 17 Absatz 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Artikel 21 Absatz 1 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Artikel 21 DSGVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Tel.: 0 61 31 – 208 2449, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand der Information: 07.02.2019